

zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Notstand weiter Volkswirtschaft entgegenzuwirken? Begründet wurde die Interpellation im Januar durch den Abg. J. u. e. l. Berlin, der wegen sofortiger Abhilfe nach folgende Reformen forderte: Arbeitslosenstellen, Reichsarbeitsamt, den geistlichen zehnjährigen Wartungsarbeitsstag, die geistliche Regelung des Arbeitsnachweises und eine ausreichende reichsweite Arbeitslosenversicherung.

In der nun fortgesetzten Besprechung der Interpellation nahm zuerst M o l l e n b a u r das Wort, um an die im verflochtenen Februar von der Berliner Gewerkschaft aufgestellte Arbeitslosenstatistik anzuknüpfen. 68 793 Arbeitslose und 42 863 Personen mit beschränkter Arbeitszeit wurden damals gezählt, also mehr als 100 000 Menschen, die mehr oder weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen waren, wobei aber nicht zu vergessen ist, daß die Gewerkschaften nicht alle Arbeitslosen ermitteln konnten. Die Arbeitslosigkeit wird aber noch bedeutend an Ausdehnung gewinnen, wenn der neue Zolltarif mit den geplanten Erhöhungen der Getreide- und Fleischpreise zur Annahme gelangt. Die enorme Verlierung von Fleisch und Brot wird natürlich eine Einschränkung der Konsumfähigkeit der Fabrikarbeiter und damit eine Einschränkung der Produktion mit sich bringen, woraus sich eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit resultieren wird. Eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit werden sich im hohen Maße an die Zahl der Arbeitslosen werden sich im hohen Maße an die Arbeit anbinden. Diese Wirkung darf man nicht unterschätzen. Diejenigen Parteien, die für den Zolltarif eintreten wollen, werden gewinnlos sein, schon jetzt Mittel und Wege anzugeben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch ihre Maßnahmen hervorgerufen und verschärft wird.

Wollen wir uns auch auf die Bekämpfung der Arbeitslosen durch die Vermögensgütersteuer im Kleingewerbe hin, so die jungen Leute nach der Zeit einfach auf die Straße geworfen werden. Sodann besprach er ausführlich sein bekanntes Projekt einer Reichs-Arbeitslosenversicherung, 150 Millionen Mark kostet heute dem deutschen Volke die Bagabundage, wozu dann noch die Armenlasten kommen; diese Summen würden genügen zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung. Der jährliche Kostenbetrag für die Verwaltung und 220 Millionen für die Unterbringung der Arbeitslosen. Die Verwaltungskosten sollten Staat und Gemeinde, die Unterbringungsausgaben die Arbeiter und Unternehmer aufbringen. Die Unterbringung sollte 2 Mk. pro Tag betragen und das ganze Jahr hindurch, nicht bloß während einer bestimmten Zeit, an unterbringungsbedürftige Mitglieder gewährt werden. Jede Beitragswoche sollte zu einem Unterbringungsstage berechnen. Durch diese Versicherung würden wir auch eine Arbeitslosenstatistik erhalten. Sodann zeigte er, wie heute in den Parlamenten Notstands-Interpellationen behandelt werden: „Was geschieht denn nun heute auf solche Interpellationen hin? Man behauptet, daß die Zahl der Arbeitslosen ganz so groß ist, wie sie angegeben wird, und damit hat es kein Ende. Höchstens veranlaßt man den Landtag, Geld für neue Korrekturen zu bewilligen, aber damit schafft man das Uebel nicht aus der Welt. Das könnte er gesehen, wenn man den Arbeitslosen Arbeit verschaffe, und nach dieser Richtung kann noch sehr viel geschehen. Es werden ja sogenannte Notstandsarbeiten in Angriff genommen, dabei handelt es sich aber in der Regel um nichts mehr als unnütze Händerei der Arbeitslosen. Erst wenn alles dieses bereits ausgereizt ist, wird es notwendig gemacht, sich auf den Versuch der Arbeitslosen Rückzug zu nehmen. Vor allem müßte es vermieden werden, daß bei Krisen massenhafte Arbeiterentlassungen erfolgen und dazu noch durch Verkürzungen der Konsumfähigkeit der Arbeiter herbeigeführt wird. Auch in der vorigen Woche haben sich die Krankenkassen mit dieser Frage beschäftigt und die Kasse hat festgestellt, daß gerade in den Zeiten der Krise sich die Anforderungen an die Krankenkassen erheblich steigern. Der Zusammenhang ist ja klar, die Arbeitslosen, die das nötige entbehren, können sich nicht genügend ernähren. Einige Tage fast essen hebt in der Regel die Krankheit wieder auf. Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiter davon verschont werden, in Zeiten der Krise ihre Ersparnisse aufgeben zu müssen, dann werden die Arbeiter ihre Arbeit viel freudiger leisten.“

Der Ultramontane Bagen und der Graf Kautz liegen sich die Gelegenheit nicht entgehen, in gewohnter Weise in Agrardemagogie zu machen. Wenn der Zolltarif mit seinen egyptischen Zollerätzen angenommen wird, dann kommt die neue und bessere Zeit, dann hat alle Not, also auch die Arbeitslosen ein Ende. Auch vom Sparen der Arbeiter wurde geredet; sie sollten in der guten Zeit sparen, damit sie in der schlechten Zeit etwas hätten. Und das erdröhnte sich Agrarier zu sagen, deren Oheffen Tausende im Spiel draufgehen lassen und mit schönen, galanten Weibern, mit Pferden und in Champagner durchbringen und die dann über ihre Kollage schreiben und alle öffentlichen Kassen plündern. J. u. e. l. Berlin fertigte denn auch den Grafen Kautz entsprechend ab. Weiter führte er aus:

Was hat die Regierung nun für den kommenden Winter getan? Der Staatssekretär hat alle Hände voll zu tun, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen und die schwere Last des Wucherzins auf das arbeitende Volk zu wälzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit solchen Redensarten kommen wir hier nicht weiter. Einzelkassen und Gemeinden müssen angehalten werden, was sie gegen die schleichende Krise zu tun haben, die immer noch anhält. Wir gehen diesem sehr schlimmen Winter entgegen, Hunger und Genuß der Arbeiter werden wachsen. Fortgesetzte Kontributionen und Entziehung von Freizeitsunden sind die Regel. Der Kohlen- und Eisenmarkt, das Berggewerbe, die Textilindustrie liegen daneben. Das gleiche Bild zeigt die Maschinenindustrie, besonders in Berlin. Traurige Nachrichten kommen von den Heimatweibern Thüringens und des sächsischen Erzgebirges. In den Militärverwaltungen sind Arbeiter, die 17 Jahre lang dort im Dienst standen, entlassen worden. Was soll man da von der Privatindustrie sagen. Der preussische Eisenbahnminister hat zwar bekräftigt, Arbeiterentlassungen vorgenommen zu haben, das Gegenteil ist aber hier im Landtag bewiesen worden. Das große Polizeigebäude in Berlin an der Münz- und Alexanderstraßen-Ecke, wofür die Mittel längst bewilligt sind, ist noch nicht begonnen. Ich bitte den Staatssekretär, mir zu sagen, was er zu thun gedenkt, um die Härten der Arbeitslosigkeit zu mildern. Die Einzelkassen wie die Kommunen müssen mehr wie bisher ihre Schuldigkeit thun. Es ist deshalb die Pflicht des Reichstages, auf die Regierung einzuwirken, daß schnellstens etwas zur Verringerung der Not geschieht.

Graf P o l o d o n s k y antwortete darauf, aber er machte sich keine Aufgabe recht deutlich. Das Reich kann keine Arbeitslosigkeit bieten, es hat auch keine Mittel, und er hat daher die einzelstaatlichen Regierungen gebittet, etwas zu thun, wobei nach dem erprobten Grundsatze: Vahnenmann geh du voran, du hast die großen Mittel an.

Graf v. E. M. forderte den Abg. bzw. den geistlichen Zehnjährigen und ferner die Unterbringung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung durch das Reich, die Einzelkassen und die Gemeinden, wodurch er auch den Gegenstand der Gewerkschaften zu dem Staate bringt. Die Einzelkassen sind aber durch die Verdrängung des Genossen Vollenbaur zum Ausdruck der herrschenden Arbeitslosigkeit, sind auch aktuell angeht, der vorerwähnten Arbeitslosigkeit, sie können von heute auf morgen vernichtet und dadurch den Arbeitlosen bessere Dienste geleistet werden, als wenn man sie auf die Reichs-Arbeitslosenversicherung vertrieben wolle. Wir nehmen jedoch an, daß Genosse Vollenbaur unbedacht seines Versicherungspunktes mit der öffentlichen Unterbringung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterbringung in der Zwischenzeit ebenfalls einverstanden ist.

Auf dem Verbandstage der deutschen Arbeitsnachweise forderte Professor D e r n e r - J ü r i c h die Schaffung der Reichs-Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit den Berufsvereinigungen, je bekanntlich eine Unternehmungsorganisation und zum größten

Teile Mitglieder des berichtigten Schafnacherverbandes sind. Dagegen erlaube Herr Derner den Gewerkschaften gnädig, die Arbeitslosen 2-3 Wochen aus ihren Reihen zu unterziehen, ehe sie von den Berufsvereinigungen Arbeitslosenunterbringung erhalten. Und der Mann hat ein dickes Puch über die Arbeiterfrage geschrieben!

Was jetzt noch thut, ist die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch die öffentliche Verwaltung für die Arbeitslosen oder die Bereitstellung von Mitteln zu ihrer Unterbringung, wo keine oder nicht genügende Beschäftigung geboten werden kann. Eine solche Fürsorge ist die verdammt Pflicht und Schuldigkeit der Gesellschaft gegenüber den unschuldigen Opfern einer faulen Wirtschaftsordnung.

Aus unserm Beruf.

— Dresden. Die Ausperrung bei C e b e r l e u. T r e i b m a n n dauert fort. Jüngling nach hier ist bis auf weiteres streng ferngehalten.

— Gersdorf. Ueber die Fitzschuhfabrik von N. W r o d t ist bis auf weiteres die Sperre verhängt. Wir bitten den Jüngling aus weiterhin nach hier ferngehalten.

— Hühns. Vor Jüngling nach hier wird gewarnt, da die Firma W e r s w a l d den organisierten Arbeitern angekündigt hat, sie sollten aus dem Verein deutscher Schuhmacher austreten oder sie wären entlassen. — Die Arbeiterblätter erwidern mit dem Abdruck dieser Notiz.

— Hühnsaußen l. Th. In der H a r l u n g s c h e n Schuhfabrik sind bei den Zweifeln Differenzen ausgebrochen. Der Jüngling ist streng ferngehalten.

— Rosen. Wegen einer Lohnbewegung ist der Jüngling nach hier ferngehalten.

— Wismars. Der Streik der Zuschneider in der Schuhfabrik von S. K r u m m e r t wurde nach fünfjährigem Kampf durch die Vermittlung des Herrn Bezirksamtmanns, welcher seitens des Fabrikanten darum gebeten wurde, nach vorausgegangenen Verhandlungen im Beisein von Vertretern des Betriebs deutscher Schuhmacher, sowie eines Vertreters von dem neu zu gründenden Fabrikantenverbande zu Gunsten der Arbeiter erledigt. Vernehmbar wurde die zehnjährige Arbeitszeit mit Bezahlung des vollen Wochenlohnes, Einstellung sämtlicher ausgedienter Zuschneider, sowie der Zuschneiderinnen, welche während des Streiks sich mit den Zuschneidern solidarisch erklärten und ebenfalls die Arbeit niederklegten, auch durch die Maßregelungen stattdessen.

— Wie die Maschinen der Arbeiter erschlägt. Die Kollage Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft in Weiskens hat eine W a s c h a b e r e i t m a s c h i n e erfinden, welche die Arbeitsleistung von drei Arbeitern erzeugt, so daß die zu ihrer Bedienung nur ein Junge notwendig ist. In zwei Weiskenscher Schuhfabriken ist die Maschine bereits aufgestellt.

— Arbeiterverband von Schuhfabrikanten. Der Offenbacher Schuhfabrikant Kallertsen veröffentlicht im „Schuhmacher“ eine heftige Korrespondenz mit dem Direktor Kery von der Schuhfabrik Turul Athen-Gesellschaft in Temesvar (Ungarn), deren Gründer bekanntlich der frühere Wädlinger Schuhfabrikant Frankel ist. Darnach bejauhte Kery die Balkenfeinigkeit der Schuhfabrik, um die hier aufgestellten Klagen nicht zu lernen; in Wahrheit war es ihm nur darum zu thun, einige Weiskens gegen glänzende Versprechungen, die zweifellos in Ungarn nicht gehalten worden wären, megaluden. Um sich denselben anzunähern, ließ er in der Fabrik sogar Gut und Geldbesitz zurück, um sie von dem ihm begehrenden Meister aus Temesvar abholen lassen zu können. Demnach scheint dieser Herr Kery auch noch zu anderen „Verufen“ Talent zu haben und können wir — auch im Hinblick auf den bekannten Frankel — nur dringend davor warnen, den Vorkursen nach Temesvar zu folgen. Gegen so gute Söhne, wie sie in Offenbach verprochen werden, können die Herren Frankel und Kery in Ungarn und Deisterreich Meister massenhaft haben, aber die von ihnen wirklich gezahlten Löhne werden wohl um die Hälfte niedriger sein.

— Die Streikbrecher an der Arbeit. Aus Wismars wird berichtet: Ein Vorkühler einer Waidner Schuhfabrik (Waldmann), der hier Arbeiter engagieren wollte, wurde, wie dem „Wismarscher Anzeiger“ gemeldet wird, von einer Anzahl hiesiger organisierter Arbeiter an die Bahn begleitet und zur Abfahrt genötigt. Die Arbeiter der Waidner Schuhfabrik waren in einen Lohnkampf einbezogen, die hiesigen organisierten Arbeiter wollten verhindern, daß von hier aus Streikbrecher nach Wismar engagiert wurden. Die engagierten Arbeiter sind aber doch, und zwar von Wismars aus, abgegangen. — Darnach dürfte man schließen, daß den Arbeitern bekannt war, daß sie Streikbrecherdienste verrichten sollten. Wenn endlich werden die Arbeiter solidarisch werden und nicht mehr gegen kampfenden Brüdern in den Kluden fallen und so dem gemeinamen Ausbeuter Handlangerdienste leisten!

— Betriebsentstellung. Im Verkauf hat die Firma B a n d e r & C o., Schuhfabrik, ihren Betrieb eingestellt, und das Geschäft aufgelöst. Maschinen und Waren sind bereits ausverkauft worden. Und was ist aus den auf die Straße geworfenen Arbeitern geworden?

— Schon wieder eine neue Schuhvorrichtung für Stanzmaschinen ist von der Firma Leibich in Wismars konstruiert worden.

Aus dem Reichstag.

Die Würde des Reichstags, um die der Reichstanzler so besorgt ist, wird bald um eine neue Zuspätkommen bereichert werden, denn der als allerdings sehr würdevoll zugehen wird. Noch einmal betont der Reichstanzler vor den entscheidenden Bestimmungen über den Reichstanzler, daß die Weiskens der Kommission und die Kompromißabmachungen der Wädlerpartei in allen Stadien der Verhandlungen die Regierung unannehmbar seien, — und die agrarischen Politiker stimmten mit Mehrheit für ihre Beschlässe und gegen die Regierungsvorlage.

Wenn nun zwischen der Regierung und der Mehrheit der Politiker nicht die Hoffnung bestände, daß durch würdevolles Festhalten, Schachern und Rückgeben doch noch eine Einigung zu erzielen wäre, so hätte der Kanzler den Reichstag auflösen oder doch von seinem Posten abtreten müssen. Daß keines von beiden geschehen ist, ist der beste Beweis, daß die Kollage hinter den Kulissen bis zur dritten Lesung zulaufen konnte. Es handelt sich nur um den Grad des Rückgebens. Die Regierung, die mindestens ein Duzend Mal ihr Unannehmbar vor aller Welt befehlend, kann ohne Blamage schwerlich seinen Standpunkt verfallen, und in der gleichen Lage befinden sich die Agrarier, die hundert Mal bezeugt haben, entweder nimmt die Regierung unsere Beschlässe und den Tarif, wie wir ihn wollen, an, oder wir verzichten auf das ganze Tarifwerk.

In den konservativen Kreisen wird schon zum Stück gegeben und die Abgeordneten beschworen, doch ja mit der Regierung eine Verständigung zu suchen. Auch in der Sonnabendbewegung vom 26. Oktober erklärte der freikonserervative G a m p: „Meine Freunde wünschen dringend eine Verständigung mit der Regierung, aber wir können uns natürlich nicht unterwerfen. Es liegt mir nichts an dem 26. Pkt., sondern an dem Prinzip (Wochen Amt), daß wir als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung anerkannt werden.“

Wir werden es bald erleben, wie die in der Hoffung und an den Staatsstippen großzügigen Herren mit der Regierung ihren Wädler rieden schließen werden, denn beide sind auf einander an-

gewiesen. Die Regierung braucht die Wädler, um ihre leeren Staatskassen zu füllen, den Militärminister und Marineminister ins ungewisse zu entwickeln, die Weltmachtspläne zu positionieren, womit wir doch nun schon so traurige und blamable Erfahrungen gemacht haben, und die Agrarier erwarten schließlich die Fülle, um auf Kosten des arbeitenden Volkes ein Schlaraffenland zu führen.

Der Zolltarif der Regierung bringt schon ganz bedeutende Erhöhungen, die, wenn durchgeführt, eine ganz wesentliche Verteuerung nicht nur der Lebensmittel, sondern auch der notwendigen Gebrauchsgüter im Besonderen haben. Nur eines macht den christlichen Agrariern und der christlichen Regierung Sorge, daß die Sozialdemokraten einlöslichen sind, die Regierungsvorlage und die Kompromißbeschlässe so gründlich vor der breiten Öffentlichkeit zu beraten, daß das Volk einsehen lernt, was für eine große Gefahr in dieser Zollpolitik liegt.

In einer dreißigminütigen meisterhaften, groß angelegten Rede nagelte am Sonnabend der Genosse V e b e l die Jöllner bei Verteuerung der Vieh- und Fleischpreise an das Wädlerbrett. Was die Vertreter der Regierung und der freikonserativen Regierungspartei nachtrug, waren nichts als Verlegenheitsreden. „Mit diesem Zolltarif“, so viel er dem agrarischen Kollage zu „müssen Sie sich bei den nächsten Wahlen zeigen. Sie werden dann etwas erleben, was Sie noch niemals erlebt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung ist schon längst unterernährt und diese Unterernährung nimmt zu, wenn die notwendigen Lebensmittel verteuert werden. Der Arbeiter, der das einseht und bei den nächsten Wahlen einen von Ihnen, der diesen Zolltarif verteidigt, seine Stimme gibt, der wäre ein Selbstmörder, ein Mörders gegen seine Familie. Dieser Zolltarif bedeutet das langsame Verhungern von Hunderttausenden von Arbeiterfamilien.“

Bei dieser Gelegenheit zeigte sich so recht die eminente Bedeutung einer starken politischen Vertretung der Arbeiterklasse, denn nur auf diese kann sich diese Verlassen. Die bürgerlichen Parteien bis links sind von der Zolltarif angegriffen und die Wädler bis rechts sind von der Zolltarif angegriffen und die Sozialdemokraten im Reichstage und im Volke sich nicht energisch entgegenzusetzen hätten. Die deutsche Arbeiterklasse hat ihre politische Vertretung nur in der Sozialdemokratie und wird bei den nächsten Wahlen mit Begeisterung für diese eintreten.

Lehrlingszucht und Zünngsherrlichkeit.

Zu den stets von neuem wiederholten Klagen der Zünngsbrüder gehört die, daß die Arbeiter in ihrer Lehrgzeit nichts Ordentliches lernen und deshalb ein genügend leistungsfähiger Nachwuchs fehlt. Um hier Abhilfe zu schaffen, haben die Zünngsbrüder einen möglichst großen Einfluß auf die Regelung des Lehrlingswesens beansprucht, und die Befugnisse auf ihnen denn auch im Laufe der Zeit wichtige Befugnisse auf diesem Gebiete eingeräumt. Schon seit mehreren Jahrzehnten führt die Gewerbeordnung als eine Aufgabe der „neuen Zünngs“ auf: „die nähere Regelung des Lehrlingswesens und der Fürsorge für die tüchtige, gewerbliche und sittliche Ausbildung der Lehrlinge.“ In der letzten Zeit ist diese Aufgabe der Zünngsbrüder noch wesentlich erweitert worden. So kann die Zünngsverammlung über den „Erlaß von Vorschriften zur näheren Regelung des Lehrlingswesens“ beschließen. Die Zünngsbrüder sind ferner befugt, durch Deputierte die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften in den zur Zünng gehörigen Betrieben zu überwachen und von der Einrichtung der Betriebsräume und der für die Unterstufung der Lehrlinge bestimmten Räume Kenntnis zu nehmen. Die Handwerksämter sind verpflichtet, die nähere Regelung des Lehrlingswesens und die Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften zu überwachen.

Das alles genügt aber den Zünngsbrüdern nicht. Sie verlangen jetzt: Die Beauftragten der Zünngsbrüder sollen mit allen Befugnissen der Gewerbe-Aufsichtsbeamten bezüglich des Lehrlingswesens betraut werden, so daß der Gewerbe-Inspektion lediglich die Beaufsichtigung der nachgelassenen Schulvorrichtung obliegt. Das Wohl- und Wehe der Lehrlinge soll also ganz und gar den Zünngsbrüdern ausgeliefert werden.

Und weshalb? Gehen wir etwa die Zünngsbrüder in der besonderen Regelung des Lehrlingswesens bewahrt, so daß bereits die früheren Mißstände beseitigt sind? Daraus nicht. Die letzten Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten betonen vielmehr, daß es auch jetzt noch mit der Ausbildung der Handwerkslehrlinge sehr schlecht bestellt ist. Den Aufsichtsbeamten des Regierungsbezirks Potsdam z. B. sind im Berichtsjahre wieder vielfach Klagen über die mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge in einzelnen Gewerben zu Ohren gekommen. Diese Klagen, so heißt es in dem Bericht weiter, sind namentlich bei denjenigen Lehrlingen berechtigt, die in den kleinen Handwerksbetrieben auf dem Lande ausgebildet werden, wo die Meister oft selbst nur eine ungenügende Ausbildung genossen und später wenig Gelegenheit gehabt haben, gute, von erfahrenen Fachgenossen ausgeführte Arbeiten kennen zu lernen. Oft aber haben die Beamten den Grund für die einseitige Ausbildung der Lehrlinge auch darin gefunden, daß sich bei dem scharfen gegenseitigen Wettbewerb zwischen Handwerksmeister durch zu weit getriebenen Unterbieten bei Übernahme von Arbeiten in die Lage bringen, sich mit den billigen Hilfskräften verlegen zu müssen und so zur Verleugnung der Lehrlinge greifen. Mehrere derartige Fälle sind zur Kenntnis der Aufsichtsbeamten im Regierungsbezirk Potsdam gekommen. Ebenso wird im Regierungsbezirk Wiesbaden im allgemeinen über die mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge und deren verhältnismäßig große Zahl gefaßt. In mehreren Handwerksbetrieben Westpreußens, besonders häufig in Schloßterien, haben die Beamten eine überproportionale Zahl von Lehrlingen gefunden, so daß zwar dem Meister nach Ablauf des ersten Lehrjahres billige Arbeitskräfte heranzuzüchten, die Aussicht des Lehrlings auf gediegene fachgemäße Ausbildung aber sehr beschränkt erscheint. In Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf hatten sich die Meister oft durch den schlechten Beschäftigung verließen lassen, außergewöhnlich viele Lehrlinge als die billigen Arbeitskräfte einzustellen. In sieben Fällen mußte hier sogar gegen solche Unternehmer eingeschritten werden, welche aus der Unternehmung der Lehrlinge, zum Teil unter dem Vorbehalt, eine Stelle zu unterstellen, ein außerordentliches Geschäft machten. Die Zahl der Lehrlinge schwankte zwischen 12 und 48, während der Meister entweder allein oder mit höchstens zwei Hilfskräften die Ausbildung leitete. In den Schloßterien des Regierungsbezirks Oppeln haben Meister ohne Geheßen bis zu 14 Lehrlinge beschäftigt. In der Kreischaupfarrmairie Dresden, Bezirk Weissen, mußte im Kleinbetriebe der Tischlerei, Drechselerei und Stellmacherei vielfach ein Verhältnis zwischen der Zahl der Lehrlinge und der älteren Meister festgestellt werden. Auch hier scheint bisweilen der ungenügende Beschäftigung die Ursache gewesen zu sein, daß ältere Arbeiter entlassen wurden und die schwächer eingehende Arbeit mit jüngeren, billigeren Hilfskräften erledigt fand. Bezeichnend ist es auch, daß im Regierungsbezirk Erfurt Eltern und Angehörige von Lehrlingen sich bei den Aufsichtsbeamten über Handwerksmeister beklagten, welche es an der erforderlichen Ausbildung fehlen ließen, die Lehrlinge in ungebührlicher Weise züchtigen, sie übermäßig lange beschäftigten oder ihnen unzureichende Befugnisse boten. Ebenso lehrlich für die Art und Weise, wie mancher Meister die Lehrlinge ver-führt, sind die folgenden Fälle aus dem Regierungsbezirk Oppeln: Bei einem Schmiedemeister mußten 7 Lehrlinge in einem schlecht zu lüftenden Raum von etwa 80 Kubikmeter Inhalt schlafen. Bei einem andern schlief 4 Lehrlinge ein Schlafrum von 20 Kubikmeter zur Verfügung für Geheßen und Lehrlinge einer Bäckerei war ein gänzlich feister-

lofer, mit Rechtsvorträgen zum Teil gefüllter Schlafraum eingerichtet. Noch schlechter, jeucht und mit Ungeheuer erfüllt war in einer anderen Bäckerei der Keller-Schlafraum, den der Aufhänger-Beamte nach inzwischen erfolgter polizeilicher Schließung gegen Ende des Jahres dort wieder im Gebrauch fand.

Freilich bringen einige Berichte auch Mitteilungen über Bemühungen von Innungen für eine bessere Regelung des Lehrlingswesens. Jedoch sind die Erfolge dieser Bemühungen gegenüber den vielen Mängeln noch immer verhältnismäßig gering, und überdies erweist sich gerade hier die Mitwirkung der Aufhängerbeamten als sehr wichtig. Der Bericht für Unterfranken z. B. hebt hervor, daß das Lehrlingswesen in Handwerksbetrieben durch die zukünftige Handwerkskammer föderliche Einwirkung erfahren, „wogegen das Verfahren, die von der Kammer bezüglich des Lehrlingswesens gefassten Beschlüsse den Gewerbe-Aufsichtsbeamten mitzuteilen, wesentlich beiträgt.“ In Oberfranken ist in Lehrlingswesen infolge der Tätigkeit der Handwerkskammer und der Innungen sowie des strengen Vorgehens der Gewerbe-Aufsichtsbeamten beim Antritt von Lehrlingsverträgen eine merkliche Besserung eingetreten. Der Gewerbe-Inspektor in Weissenbach mußte die zukünftige Handwerkskammer erst noch erziehen, gegen die Lehrlingsgüterer einzuschreiten.

Unter diesen Umständen ist die Mitwirkung der Aufhängerbeamten unerlässlich, wenn der Kampf gegen die unerhörte Ausbeutung der Lehrlinge mit Erfolg weiter geführt werden soll. Hieran scheint aber den Innungen gar nichts zu liegen, denn sonst hätten sie sich nie und nimmer zu der Forderung hergeben können, daß die Lehrlingsausbeuter von der Kontrolle der Aufhängerbeamten „befreit“ werden sollen. Bei dieser Gelegenheit wieder zeigt sich, daß die Innungen den arbeitgeberfeindlichen Bestrebungen dienen, und daß sie daher unfähig sind, auch nur die mindeste Rücksicht auf die Arbeiter und auf eine günstige Entwicklung unseres Erwerbslebens einzubringen. So würde auch der Lehrlingsnachwuchs nur auf dem Papier stehen, wenn die Innungsherrschaft sich nach dem Herzen der Innungsmitglieder auszuwachen könnte. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden aber dafür sorgen, daß es so weit nicht kommt.

Neueste Scharfmacherpraktiken.

Die deutsche Industrie erträgt eine weitere Belastung zu Gunsten der Arbeitnehmer nicht mehr, ohne wesentlichen Schaden zu nehmen.

Um diese Gefahr von der deutschen Industrie abzuwenden und die deutschen Unternehmer vor Schaden zu bewahren gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften, hat sich der Generalstreik des Hamburger Arbeitgeberverbandes herauf gelüftet die Angriffe der „Times“ auf die englischen Trade Unions in deutscher Sprache zu überlegen, um auch dadurch das Schädliche der deutschen Gewerkschaftspolitik zu zeigen. Diese Broschüre des Herrmann v. Reisswitz, die bereits in einigen deutschen Partei- und Gewerkschaftsblättern die verdiente Würdigung erfahren hat, enthält neben einigen für uns allgemein interessierenden Ausführungen auch solche über unser Gewerbe speziell, weshalb es sich wohl versteht sich mit dieser ein wenig in unserm Sprachraum zu beschäftigen.

Der Umstand, daß die englische Industrie auf dem Weltmarkt von der deutschen und namentlich von der amerikanischen zurückgedrängt und überflügelt worden ist, hat die industriellen Scharfmacher auf die Idee gebracht, daß die vielgerühmte Organisation der englischen Arbeiter, weil deren Entwicklung nicht beizugehen vernunftgemäßem Örgen gegogen wurden, einen großen, wenn nicht gar den größten Teil der Schuld an dem Niedergange der englischen Produktion trägt. Daraus leitet nun der edle Freireich für die deutschen Unternehmer die Lehre her, daß die deutsche Industrie dieselbe Schädigung erfährt, wenn die Unternehmer nicht mit vereinten Kräften gegen die maßlosen Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu Felde ziehen und den weiteren Ausbau der Sozialreform zu unterbinden suchen. Wie wenig sichhaltig diese Argumentation schon allein für die englische Industrie ist, zeigt der Verfall an einer Stelle, die unser Gewerbe betrifft sehr zureichend, wobei ersichtlich ist, daß die amerikanische Schindluderei bei weit höheren Arbeitslöhnen, wie sie in England den Schuhmachern gezahlt werden, gegen die englische Schuhindustrie mit Erfolg konkurrenzfähig ist und das einzig und allein infolge eines vereinfachten und rationelleren Fabrikationsverfahrens. Es heißt an dieser Stelle:

Freilich kann man auch den Unternehmern nicht den Vorwurf erparan, daß sie zu konsequent an veralteten Arbeitsmethoden hängen. Hierin sind sie nicht anders als die Amerikaner unterlegen. Aber andererseits entwickelt auch der amerikanische Arbeiter einen ganz anderen Grad persönlicher Energie als der englische. So ist es erklärlich, daß Schuhwaren Chittagong, Providence, in London billiger zu haben sind als inländisches Fabrikat, trotzdem der amerikanische Fabrikant seinen Werten einen Wochenlohn von mehr als 60 Mk. zu zahlen hat gegenüber den 28, 30 oder höchstens 35 Mk. die der englische Schuhwaren-Arbeiter verdient.

Ein schlagender Beweis gegen die ganze unhaltbare Theorie von der Gefährdung der englischen Industrie durch die hohen Arbeitslöhne konnte wohl nicht geliefert werden und alle Auswendungen für unsere industriellen Verhältnisse sind damit in sich selbst zusammen gebrochen. Obgleich die Löhne unserer Kollegen in Amerika doppelt so hoch sind wie in England, kann die amerikanische Schuhindustrie erfolgreich mit der englischen konkurrieren. Und doch wird mit dreifacher Ehre behauptet — und diese Behauptung bildet die Quintessenz der ganzen Broschüre — die englische Industrie ginge an den hohen Arbeitslöhnen zu Grunde und der deutschen erwarte daselbe Schicksal, wenn den unerlässlichen Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht Gehalt geboten würde.

Dabei wird ferner die Behauptung aufgestellt, daß höhere Löhne die Arbeiter nicht zu Fleiß und Zuchtigkeit anspornen, sondern daß die Gewerkschaften einen gewissen Druck auf ihre Mitglieder ausüben, um durch Trägheit und Langsamkeit die Fabrikation zu hemmen, um Platz für Arbeitslose zu schaffen. In dieser Weise heißt es auch von unserm Gewerbe:

Die Erfahrung hat gelehrt, daß bei der gegenwärtigen weiten Verbreitung gewerkschaftlicher Forderungen eine Lohnerhöhung nicht zu größerer, sondern im Gegenteil eher zu geringerer individueller Arbeitsleistung führen würde und die Unternehmer wissen nur zu gut, daß bei Werten die Frage eines — natürlich recht hoch bemessenen — Minimallohnes kaum mehr am Herzen liegt als bei dem Wunsch, als Minimal-Arbeitsleistung zu bieten. Da nun auch infolge gewerkschaftlicher Einmischung, eine betriebliegende Übung der Akordarbeit nicht möglich ist, so ist kaum Aussicht vorhanden, daß das englische Schuhwaren-Gewerbe sich von dem augenblicklichen Stande tiefer Depression in absehbarer Zeit wieder erholen wird.

Die angeführten Sätze der englischen Kollegen sind wirklich nicht so hohe, auch im Vergleich zu den in anderen englischen Gewerben üblichen und in anbedrückt der Lebenshaltung der englischen Arbeiterbevölkerung nicht, daß dadurch eine Gefährdung der englischen Schuhwarenindustrie entstehen konnte und entstehen könnte, vielmehr ist das in den Urteilen zu sehen, die schon vor dem erwähnt wurden. Inwiefern der Verfasser mit dem Vorwurf der Caanny-Politik für die englischen Arbeiter recht hat, entzieht sich unserer Beurteilung, für die deutschen Verhältnisse kann solcher Vorwurf auf keinen Fall unseren heutigen Industrie-Arbeitern treffen. Die Ausnutzung des Arbeiters an der Maschine und bei der Akordarbeit ist eine so intensive und die Konstruierung der Maschine treibt ihn meist zur schnellsten Bedienung und Arbeit

an, so daß von einer Caanny-Politik, d. h. von einer absichtlichen langsame Arbeit und geringen Arbeitsleistung des Arbeiters nicht die Rede sein kann. Das wird wohl für die englischen Verhältnisse ebenso zutreffen.

Welche Absichten mit dieser Broschüre bezweckt werden, geht aus ihren vielen tendenziösen Stellen hervor, sie lassen die Schuld unserer deutschen Scharfmacher nach der leider verunglückten Jugendausgabe deutlich erkennen. Das rote Geiseltuch geht in ihr um und viele Fälle des fürchterlichen Arbeiter-Terrorismus werden in ihr vorgezogen. Ein sehr gruseltiger Fall wird auch von einem unserer Kollegen erzählt, der verdient hier wieder gegeben zu werden. Man höre die schaurige Wortwahl:

„Auch in der Schuhwaren-Brande hat die unheullose Caanny-Politik der englischen Gewerkschaften Fleiß und Pflichttreue dem Arbeiter gegenüber in Acht und Bann belegt. Vor nicht langer Zeit mußte ein von all seinen Weibern wegen seiner Enghäutigkeit und seines bescheidenen Betragens hochgeschätzter Geselle häufig seine Stelle wechseln infolge der Eitelkeiten und Treibereien seiner Kollegen, die in ihm einen wandelbaren Vorwurf für ihre eigene Trägheit und Unzuverlässigkeit erblickten. Schließlich ließ ihn die Gewerkschaft vor ihr Forum, damit er sich wegen seines sogenannten unamerikanischen Verhaltens und mangelnden Klassenbewußtseins veranortete. Der arme Mensch, von den ewigen Gezeiten und Intriguen zur Verzweiflung getrieben, ging in den Tod, um endlich Ruhe vor seinen „Kameraden“ zu finden. Dieser Fall dürfte nicht vereinzelt dastehen.“

Fürwahr, höchst traurig und herzerregend! Wer da aber weiß, welcher Spul mit den Fällen des sogenannten Arbeiter-Terrorismus bei uns zu Lande schon getrieben worden ist, Fälle, die vor Gericht als Mord angeklagt wurden, wird auch diesen Fall von dem in den Tod getriebenen Schuhmacher sehr flechtig aufnehmen.

Der Zweck des ganzen Nachwortes ist zu erschließen. Die geringen Erfolge, welche die deutschen Gewerkschaften namentlich in den letzten Jahren für den ausgepörrten Arbeiter errungen haben, will die Scharfmacherperle ihnen freitrag machen und die gewerkschaftlichen Bestrebungen niederhalten, um ihren Profit noch reichlicher einzuhemmen. Dergleichen Scharfmacherpraktiken werden aber für die Arbeiter ein Mahnruß sein, sich zahlreicher und fester in ihren Organisationen zusammen zu schließen, um der brutalen Nachhaherpolitik gebührend begegnen zu können.

Soziale Bundschau.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes erfuhr im Monat September nach den Berichten der Arbeitsnachweise eine erhebliche Besserung, indem auf 100 offene Stellen nur 133,6 gegen 161,5 Arbeitslosen im Monat August und 163,7 im September 1901 kamen. Die eingetragene Besserung kam auch in der Steigerung der Zahl der Frankensattelmittelglieder zum Ausdruck, die in verschiedenen Städten zu verzeichnen war. In Stuttgart war die Zahl der Schuhmacher mit 665 um 0,2 Prozent höher als im August, während sie im September 1901 um 1,3 Prozent zurückgegangen war. Der Jahresschritt „Arbeitsmarkt“ bemerkt dazu, daß sich die offensichtliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt nicht beschränken läßt. Im Vergang und in der Gegenwart häuften aber die schlechte Beschäftigungslage nicht bloß an, sie hat sich sogar noch weiter verschlechtert. Im Vergang und trotz eingehender Förderung und reduzierter Arbeiterzahl die Borräte aufleben und in der Kleinindustrie ist der Mangel an Aufträgen und in den meisten Branchen der Metall- und Maschinenindustrie. Abgesehen von diesen Industrien, deren Beschäftigungsgrad unbefriedigend ist, zeigte sich allerdings im Baugewerbe hohe Tätigkeit, die sich nicht nur auf die Großstädte, sondern auch auf die Provinz erstreckte. In der Textilindustrie zeigte die Beschäftigungslage je nach Branche und Bezirk erhebliche Gegenätze.

Die Arbeitsnachweise soll nun endlich in Deutschland von amtlicher Seite besser gepflegt werden, als bisher. Die sozialistische Abteilung des statistischen Reichsamtes beabsichtigt die Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift („Neichs-Arbeitsz.“) für Arbeiterzweck. Auf dem in Berlin abgehaltenen Verbandstag deutscher Arbeitsnachweise war die genannte Anstalt auch vertreten und sie ließ dabei mitteilen, daß sie von nun an befristet sein werde, eine periodische, regelmäßige und möglichst umfangreiche Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes zu organisieren, wozu es die Mitarbeit des Verbandes wünsche, was der Verbandstag auch beschloß. Ferner beschloß er die Einsetzung einer Kommission und gab ihr den Auftrag, im Einvernehmen mit dem statistischen Reichsamte einheitliche Grundzüge für die Aufstellung einer Arbeitsnachweissatzung auszuarbeiten. Die Verhandlungen über die Arbeitslosenversicherung werden wir im Zusammenhang mit dem nächsten Monatsberichtsverhandlungen besprechen.

33 Arbeitersekretariate gibt es namentlich in Deutschland, wozu nächstens das Zentralarbeitersekretariat in Berlin kommen wird. Dafür bringt die Arbeiter-Zeitung Opfer, aber es wird auch reiche und gemeinnützige, die Arbeiterinteressen fördernde Arbeit geleistet.

Ein Generalstreik der Weber ist in Merane ausgebrochen, woran gegen 8500 Arbeiter beteiligt sind. Die Ursache des Streiks sind verminderte Lohnreduktionen, während die Arbeiter Lohnerhöhung zur Besserung ihrer traurigen Dienstverhältnisse gefordert hatten.

Ein Generalstreik der Kohlerger ist auch in Berlin zwecks Lohnerhöhung ausgebrochen, woran 2800 Arbeiter beteiligt sind.

Generalstreiks im Ausland. Zur Unterstützung des Straßenbahnerstreiks traten in Genf circa 20000 Arbeiter in den Generalstreik, der 8 Tage dauerte, aber leider erfolglos wieder aufgegeben werden mußte. Die Regierung, Polizei und das Militär wühlte gegen die Arbeiter wie in Rußland, so daß es Massenverhaftungen und Massenarrestierungen gab. 800 Wehrpflichtige hatten sich geweigert Militärdienst zu thun und die bewaffnete Leibwache des Gedächts zu spielen. In Frankreich sind die Kohlenarbeiter in den Generalstreik für Achtundtag und Lohnerhöhung getreten, in Amerika ist nach fünfmonatlicher Dauer der Kohlenarbeiterstreik, an dem 150000 Arbeiter beteiligt waren, durch die Annahme eines Schiedsgerichts beigelegt worden. Die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital nehmen immer größere Dimensionen und Verschärfung an.

Mitteilungen.

Bruchsal. Die letzte Mitgliederversammlung der Zentral-Krankenkasse der Schuhmacher beschäftigte sich mit den Beschlüssen der letzten Generalversammlung. Der Vorliegende Joffe wurde scharf angegriffen, denn den Mitgliedern ist es unumgänglich, sich klar darüber zu werden, wie der Vorstand dazu kommen konnte, die doppelt versicherten Mitglieder als Simulanten hinzustellen. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung schließt sich voll und ganz der Protokollresolution in Nr. 88 des „Fachsblatt“ der Kammergenossenschaft an, die sich gegen die Satzungen des Krankengeldes der doppelt versicherten Mitglieder ausspricht. Im anderen Falle die doppelt versicherten Mitglieder gezwungen sind, Doktor und Wundtante zu verlangen, da sie als Mitglieder der gleichen Rechte haben als diejenigen, die nur in der Zentral-Krankenkasse sind. Die Fiktion ist der Ansicht, daß derartige Beschlüsse nur von

Leuten zustande kommen können, welche mit ihren vollkommenschafflichen Ansichten im Rückstand sind.“ Wogen sich die doppelt Versicherten um alle anschießen, damit dieser ungerechte Beschluß der Generalversammlung wieder zu Fall kommt.

Kaiserslautern. In der Generalversammlung der Zentral-Krankenkasse der Schuhmacher wurde eine einstimmige Entschließung der ganzen Mitgliedschaft über die Streidung des Ablasses 8 im § 12 des Statuts ausgeprochen und sehr beuauert, daß gerade die doppelt Versicherten darunter zu leiden haben. In hoch seit 1. Januar 1901 bis jetzt laut Abrechnung folgender Statistik der Einnahmen und Ausgaben der einfach und doppelt Versicherten auszuweisen:

Doppelt versicherte Mitglieder:	
Einnahmen:	
Beiträge von Mitgliedern der 1. Klasse	2,10 Mk.
„ „ „ „ 2. „	878,20 „
„ „ „ „ 3. „	1516,20 „
Summa	1407,50 Mk.
Ausgaben:	
Krankengeld an Mitglieder der 2. Klasse	357,65 Mk.
„ „ „ „ 3. „	898,90 „
8 Prozent Anteil an Totalausgaben	151,82 „
Summa	1407,37 Mk.
Einfach versicherte Mitglieder:	
Einnahmen:	
Beiträge von Mitgliedern der 1. Klasse	25,25 Mk.
„ „ „ „ 2. „	68, „
„ „ „ „ 3. „	8,40 „
„ „ „ „ 4. „	577,80 „
„ „ „ „ 5. „	„
Summa	674,45 Mk.
Ausgaben:	
An den Arzt	87,75 Mk.
Medizin und ähnliche Heilmittel	170,51 „
Krankengeld an Mitglieder der 1. Klasse	11,25 „
„ „ „ „ 2. „	18,50 „
„ „ „ „ 3. „	81,50 „
„ „ „ „ 4. „	424, „
„ „ „ „ 5. „	58,96 „
Summa	792,47 Mk.

1/3 der Mitglieder ist doppelt, 1/3 einfach versichert. Bei genauer Verfolgung der Delegiertenversammlungen der letzten sechs Jahre fand man heraus, daß immer eine Klasse da ist, die den Brüggeln abgeben mußte für die Fehler, die auf der Generalversammlung gemacht wurden. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung, welche sehr hart bedrückt ist, protestiert entschieden dagegen, eine Klasse der Versicherten zur Deckung des Defizits heranzuziehen. Die Versammlung kann nicht einsehen, daß die Hauptlast durch Überweisung der doppelt Versicherten an die Ärzte und Apotheken einem Vorteil zieht. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß nach diesem Beschluß in Zukunft die doppelt Versicherten sich in Bezug der Ärzte und Heilmittel mehr der Zentralkasse zuwenden werden, was dieselbe nicht schädigt als nicht. Die Versammlung erwartet, daß man in Zukunft bei der Delegiertenwahl darauf sieht, welche Stellung der zu wählende Delegierte in Bezug auf die Rechte und Pflichten der Mitglieder einnimmt.“ In Betreff dieser Resolution glauben wir baldigst die Stellungnahme anderer Jahrestellen erwarten zu können.

Reins. (Situationsbericht.) Der Streit bei S l b m a n n dauert unverändert fort, über den Verlauf der Verhandlungen ist folgendes zu berichten: Donnerstag, den 28. Oktober, wurde auf Wunsch des Herrn Waldmann die Kommission mit dem Herrn Waldmann, die Kommission, insbesondere den Vorsitzenden, bei dieser Verhandlung konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da Herr Waldmann, die Kommission, insbesondere den Vorsitzenden, in brutaler Weise abfertigte. Auf dem Sitzungstisch, welches wir daraufhin antriefen, erklärte Herr S, den Streit, wie ihn die Firma Rosenbusch befaßt, an und will Herr Waldmann die durch die mittlerweile eingetroffene Zwischung überflüssig gewordenen Arbeiter bei Bedarf zuerst berücksichtigen und verspricht den Ueberholern eine einmalige Entschädigung von 5 Mk. Als nun die Arbeiter am Freitag, den 24. Oktober die Arbeit aufnehmen wollten, erklärte Herr Waldmann, man laune, daß es ihm gar nicht einfallt, die getroffenen Vereinbarungen zu halten und fragte die Arbeiter, ob sie sich für die Geltung Ueberholern 1 Pf. und Kappen umsonst schämen und für das übrige Kappen schämen einen halben Pfennig abziehen lassen. Die Arbeiter zogen es selbstverständlich vor, diesen wohlwollenden Vorschlag nicht anzunehmen und haben sich darauf gezwungen, das Waldmannsche Paradies so lange zu meiden, bis Herr Waldmann eingesehen hat, daß auch ein Fabrikant sein den Arbeitern gegebenes Versprechen zu halten hat. Der Streit heißt für uns sehr günstig und hoffen wir, daß derselbe in alternativer Zeit seine Beendigung findet.

Preß. Nachdem sämtliche Rückstände und Verpflichtungen, welche noch vom letzten Streik her datieren, beglichen sind, hatte der Vorstand, dem Beispiele einiger Jahrestellen folgend, in der Mitgliederversammlung am 18. September den Antrag gestellt, den Beitrag hierorts um 5 Pf. pro Woche und Mitglied zu erhöhen und anstatt dessen das ganze bisher bestehende Sammel-system zu beibehalten. Gegenüber wurde derselbe damit, daß dadurch alle Mitglieder gleichmäßig zu den Ausgaben für die Total-lasse herangezogen würden und die Sammelkommission außer Tätigkeit gesetzt werden könnte, die hierzu hochschätz Mitglieder zu gewinnen seien. Obiger Antrag fand zunächst in provisorischer Abstimmung Annahme. Obwohl die Versammlung sich konsequent erachtete, wurde beschlossen, um nicht den Vorwurf einer Vergeßlichkeit zu erhalten, eine Urabstimmung vorzunehmen, welche denn auch die Annahme mit 47 gegen 2 Stimmen zeitigte. Der Vorstand ist sehr beauftragt, die Genehmigung vom Zentral-vorstand einzuholen und tritt danach diese Erneuerung am 1. Januar 1903 in Kraft. Es wird deshalb ein jedes Mitglied gebeten, etwaige rückständige Beiträge vor diesem Termin zu entrichten. Anknüpfend hieran wollen wir nicht unterlassen, einige bemerkenswerte Vorgänge näher zu beleuchten. Von glaubwürdiger Seite wurde uns nämlich mitgeteilt, daß man sich in Arbeitgeberkreisen ernstlich mit dem Gedanken getragen, eine Lohnreduktion vorzunehmen. Die größeren Geschäfte hatten ihre Lager noch im Spätsommer gestopft voll, dies mag sie wohl auf den Gedanken eines Lohnabzuges gebracht haben. Nachdem aber die Herbstzeit unermwartet einsetzte, wurden die Lager wieder erheblich gefüllt, so daß sich in einigen größeren Geschäften zum Teil Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machte. Kollegen! Ihr seht an vorstehendem, daß wir noch keine Ursache haben, auf unsern Vorbeeren auszurufen. Die minimale Lohnerhöhung, welche wir im letzten zehnwöchigen Kampfe errungen haben, liegt den Herren noch schwer im Magen, und wäre nicht ein flotterer Geschäftsgang eingetreten, so wäre uns dieselbe vielleicht wieder verloren gegangen und noch mehr dazu. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Einzelnen für unsere Organisation bei den uns noch fernstehenden Propaganda zu machen, damit wir etwa uns zugemutete Lohnschneide freigeig abzuwehren imstande sind. Besonders aufmerksam seien noch die Mitglieder auf die am 9. November stattfindende Mitgliederversammlung gemacht, in welcher von einem fremden Redner ein Vortrag gehalten wird. Wir erwarten von dem Redner Kollegen, daß sie die von dem Zentralvorstand herausgegebenen Proschüre lesen und danach handeln und in der nächsten Versammlung erfragen, um gemeinsam über unsere traurige Lage zu beraten. Die Kassenarbeit hat eben erst begonnen und schon sehen wir die Kollegen sehr spät in die Nacht hineinmühen zum Schaden ihrer und ihrer Familie Gesundheit. Die Einschlafen gegen bereits einer nach dem andern dem Schuhmacherhandwerk vaset, um sich eine ge-

